

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

'Aus den Tannen'

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-
annahme der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 19 Goldpfennige, die Reklamazeile 35 Goldpf.
Bspäher innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 255.

Altensteig, Mittwoch den 29. Oktober.

Jahrgang 1924

Das neue Tirpitz-Buch.

Aus den in wenigen Tagen im Verlage der D. M. Gottschalk'schen Buchhandlung Nachh. in Ostrodt und Berlin unter dem Titel „Der Aufbau der deutschen Weltmacht“ erscheinenden „Politischen Dokumente des Großadmirals von Tirpitz“ sehen wir mit Interesse den Verlags schon heute folgende Episode wieder:

Im Sommer 1910 war Herr von Riberlen-Wächter zum Sektionssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt worden. Unter den Herren des Auswärtigen Amtes hatte sich Riberlen durch eine gewisse, dort nicht gerade häufige berbe Kraft des persönlichen Auftretens hervorgehoben, die bei dem Mangel an wirklichen Talenten schon genügt hat, ihn zu einer „Hoffnung“ zu machen oder ihm Vorschlagsarbeiten als einem bedeutenden Staatsmann, einem „Bismarck der Breite“ zu erteilen. Seine bisherigen Leistungen rechtfertigten diese Erwartungen kaum. Im Winter 1908—09 zur Unterstützung Bülows vorübergehend von seinem Botschafter Gesandtenposten nach Berlin geholt, hat es Riberlen im März 1909 verstanden, dem Kanzler bei der Lösung der bosnischen Krise jene unnötig scharfen Töne gegen Rußland anzumischen, welche die Beziehungen zu Rußland auf Jahre hinaus erschwerten und noch die Krisis im Juli 1914 ungünstig beeinflusst haben. Auch ohne diese wenig zweckmäßige Tonart, die uns außerdem vom österreichischen Außenminister Grafen Tschirsky einmal gedankt worden ist, wäre Österreich-Ungarn auf eine weniger aufgeregte Weise ebenjogut zu seinem bosnischen Besitzteil gekommen.

Dieselbe wenig sichere, wenn schon grobe Hand, die Riberlen bei dieser seiner ersten Betätigung als erster Berater des Kanzlers gezeigt hat, sollte er 1911 bei der von ihm eingeleiteten Liquidation der Marokkofrage noch einmal betätigen. Vorher schon hatte Riberlen aber auch seit September 1909 auf Wunsch Bethmann Hollwegs zu der Frage der Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen Stellung genommen. Bei dieser Angelegenheit, die Bethmann Hollweg als die wichtigste und persönlichste seiner Kanzlerschaft von deren Anbeginn an aufnahm, hat der Kanzler sich schon in den ersten Schritten von Riberlen-Wächter, der immer noch in Bukarest saß, brieflich beraten lassen.

Man kann es dem schon fast sechzigjährigen Gesandten von Riberlen nicht zum Vorwurf machen, daß er in seiner langen Balkanitätigkeit nicht Gelegenheit gefunden hat, sich in englische oder gar in Flottenfragen tiefer einzuarbeiten. Im November 1909 hat Riberlen selbst von sich gesagt: „Ich kenne England zu wenig, um mit ein Bild dortiger Einflüsse und Strömungen zu machen.“ Das von ihm im September 1909 dem Kanzler erstattete Gutachten über die Agreementsfrage zeigt eine geradezu souveräne und wiederum ziemlich offen eingestandene Unkenntnis der materiellen Möglichkeiten, um die es sich bei einem deutsch-englischen Flottenabkommen überhaupt handeln konnte. Daß ein solches an sich von fraglichem Wert sei, hat Riberlen damals übrigens selbst gemeint.

Bei den ergebnislosen Verhandlungen von 1909 hatten Bethmann und Riberlen bald gemerkt, was Bülow vorher auch erfahren hatte, daß die Engländer als Preis eines Abkommens durchschiemern ließen, das Flottengeschäft müsse ohne reale Gegenleistung geopfert werden. War es Riberlens Gedanke von Anfang an gewesen, vom „Programm der Marinetechnik“ abzublenden, so mußte nun das Flottengeschäft das Hemmnis der Verständigung, folglich das höchstmaritime der innerbebehörliche Gegner sein. Es ist wohl Riberlen zeit seines Lebens schwer gefallen, das Flottengeschäft auch nur zu verstehen. Fraglos hat es manchen Abgeordneten im Reichstag gegeben, der für oder gegen das Gesetz gestimmt hat, ohne seine Tiefen zu ergreifen, und von solchen Herren ist dann wohl immer, wenn die Marinevorlagen zur Beratung kamen, über diese schwer verständliche Materie gewischt worden. Obwohl es kaum ein klareres, logischer aufgebautes Gesetz gegeben haben dürfte und auch keines, dessen ganze Perspektiven offener tage lagen, kurzsteuerte z. B. im Reichstag das Scherzwort, daß sich bei der Behandlung des Marineetat „die Balken bogen“. Es war indes Herrn von Riberlen vorbehalten, Zweifel an der Ehrlichkeit des Reichsmarineamtes und seines Leiters in den Klüften zu verbreiten. Während der Kämpfe des Winters 1911—12 scheint diese Verleumdung meiner Person eingeseht zu haben, wie ich erst allmählich überblickt habe; doch sind mir damals schon unwiderlegliche Beweise dafür gelungen, daß Herr von Riberlen persönlich der Urheber dieser Heße war. Ich möchte meinem verstorbenen Gegner volle Gerechtigkeit widerfahren lassen und würde schon aus diesem Grunde mit meinem Urteil über ihn stärker zurückgehalten haben, wenn nicht eine neue

Beröffentlichung geschmacklosere Meinerungen aus Intimen Briefen Herrn von Riberlens an seine „Haushaltungsoorchesterin“ abdruckte, die Herr von Riberlen selbst sicher niemals zur Veröffentlichung zugelassen haben würde, und in denen neben sonstigem intemem Rationieren auch seine Abneigung gegen mich in unparlamentarischer Form hervortritt. Die etwas leichfertige Art dieses Diplomaten hat sich darin gezeigt, daß er auf ein Flottenabkommen lossteuert, ohne sich vorher über die materiellen Möglichkeiten eines solchen ein klares Bild gemacht zu haben, und daß er dann als ein solches Vorgehen zu dem naturgemäßen Mißerfolg führte, seinen Aerger in haltlosen Verdächtigungen gegen mich ausließ.

Meine Erfahrungen mit Riberlen-Wächter waren nicht günstig, und ich hatte den Eindruck gewonnen, daß dieser Staatsmann von sich und anderen stark überschätzt wurde. Ich glaubte, manchen seiner Fehler darauf zurückführen zu können, daß ihm England ein verhältnismäßig fremdes Gebiet war, wie so manchem seiner in kontinentaler Politik hemderten Kollegen aus dem Auswärtigen Amt. Nach Riberlens plötzlichem Tode (30. Dezember 1912) suchte ich am 12. Januar 1913 im Reichsmarineamt der mir persönlich als ehrlicher und deutschfreundlicher Mann bekannte rumänische Gesandte Dr. Beldiman auf, um mir Eröffnungen zu machen, aus denen ich entnehmen, daß Riberlen auch auf seinem eigentlichen Gebiete, der Balkanpolitik, verfaßt hatte und Deutschlands diplomatische Lage dort empfindlich verschlechtert war.

Beldiman hing damit an, „er sei aufs höchste erstaunt darüber, was aus Riberlen-Wächter gemacht werde. Riberlen habe nur eine besondere Eigenschaft besessen, eine geradezu ungläubliche Frechheit. Er hätte geglaubt, dadurch, daß er mit der Faust auf den Tisch schlage, könne er alles erreichen. Damit sei er schließlich ganz in die Hände der französischen Regierung gekommen, der nichts lieber gewesen sei als sich ein Leiter der auswärtigen Politik“.

Beldiman fuhr fort, er könne es daher durchaus nicht begreifen, weshalb man aus Riberlen so viel mache. Er hätte Deutschland maßlos hereingeritten. Auch in der Balkanfrage habe er völlig verfaßt. Im Sommer seien hier dauernd Besuche aus Bukarest eingelaufen, die vor dem auf dem Balkan zu erwartenden Kriegsausbruch warnten. Riberlen habe zurückgeschrieben, das sei alles Bosh und Bluff, habe der Türkei den Rat gegeben, abzurufen, und Rumänien abgehandelt, irgend etwas zu tun. Rumänien hätte darauf verzichtet, auf das Anerbieten des Königs Ferdinand von Bulgarien, sie möchten sich doch auch am Kriege beteiligen, einzugehen, trotzdem ihnen Bulgarien versprochen hätte, am Ende des Krieges auch das von ihnen gewünschte Stück der Dobrußha abzutreten. Das hätte Rumänien mit Rücksicht auf seine Stellung zu Deutschland abgelehnt. So seien sie hereingefallen, und als der Krieg doch ausbrach und sie nicht vorbereitet waren, in einer schrecklichen Klemme gewesen. Deshalb sei er eines Tages zu Riberlen gegangen, um mit ihm die Möglichkeiten zu besprechen, wie sie sich mit Anstand aus der Affäre ziehen könnten. Er habe ihn um Unterstützung ihrer Ansprüche und um Rat gebeten, wie sie sich Bulgarien gegenüber verhalten sollten. Riberlen habe ihm dabei den Eindruck gemacht, als ob er unter Alkohol stände, denn er habe ihm ohne weiteres den Vorwurf gemacht, daß er (Beldiman), der er doch bekanntermaßen seit 16 Jahren die Allianz mit Deutschland betrieben habe, jetzt ein Teufelsmischel mit Frankreich zu machen suche. Im übrigen könne er nur sagen, daß ihn das Verhältnis zwischen Bulgarien und Rumänien gar nichts angehe. Das sei ihm (Beldiman) zuviel gewesen, und er habe sich das nicht gefallen lassen können, wenn er seine Stellung wahren wollte. Deshalb habe er Riberlen den anliegenden Brief geschrieben. Daraus sei dann ein längeres Hin- und Herverhandeln entstanden, in dem Zimmermann schließlich einer etwas verklärten Rückzug Riberlens produziert hätte. Er müsse dazu bemerken, daß seit 16 Jahren die geheimsten Beziehungen zwischen Rumänien und dem Deutschen Reich durch seine Finger gegangen seien. Daß er Verkehr mit dem französischen und mit den anderen Botschaftern suche, sei eine Pflicht seiner Stellung, daß aber Riberlen diesen Verkehr als gegen Deutschland gerichtet auslege, sei unerhört.

Beldiman führte ferner aus, er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Riberlens Wirken unheilvolle Folgen für die deutsche Politik habe. Trotz seines Rufes als ausgezeichneten Staatsmann habe er die Situation gar nicht übersehen. Daher habe Deutschland eine fürchterliche Niederlage erlitten, denn die Stellung Deutschlands auf dem Balkan sei unwiderbringlich verloren, während England, das die Bindung Deutschlands mit der Türkei stets als größte

Gefahr betrachtet hätte, alles gewonnen habe. Die Einkreisung Deutschlands sei jetzt geographisch geschlossen, das letzte Glied der Deutschland umfangenden Kette eingefügt. Daß England, nachdem es diesen ungeheuren Erfolg errungen, jetzt Deutschland gegenüber eine freundliche Miene aufsehe, sei selbstverständlich, denn es habe ja seine politischen Ziele erreicht. Aber Deutschland dürfe sich nicht rühmen und rühren. Wenn es sich rühre, habe es England sofort gegen sich.

Politische Streiflichter.

Das Ergebnis der in Hamburg vorgenommenen Bürgerstimmwahlen ist zunächst unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, ob und in welchem Grade die Mehrheitsverhältnisse der Bürgerschaft sich geändert haben und welche Rückwirkungen sich daraus für die Zusammensetzung des Senats ergibt. Die wichtigste Aenderung ist darin zu erblicken, daß die Bürgerschaft nicht mehr beherrscht wird von einer aus Demokraten und Sozialdemokraten zusammengesetzten Koalition. Bisher hatten in der Bürgerschaft die Sozialdemokraten 69 und die Demokraten 21 Sitze. Ihre Koalition verfügte also über 90 von 160 Sitzen, was eine sichere Mehrheit bedeutete. Künftig werden 53 Sozialdemokraten und 21 Demokraten über keine Mehrheit in der Bürgerschaft verfügen. Auch in den kleineren Gruppen findet sich weder der Zahl, noch der Zuverlässigkeit nach so viel an Stimmen, daß diese Koalition in der Bürgerschaft dauernd vorhanden sein könnte. Daraus ergibt sich die engere Verbindung der Demokraten mit der Deutschen Volkspartei. Diese verfügt jetzt über 23 Mandate. Zählt man diese den Sozialdemokraten und den Demokraten hinzu, so ergeben sich 97 von den 160 Sitzen, also wiederum eine statistische Mehrheit. 21 Demokraten, 23 Volksparteiler und 28 Deutschnationale ergeben erst 72 Sitze, also nicht die Mehrheit der Bürgerschaft. Eine zuverlässige Grundlage ist auf diese Weise nicht zu gewinnen.

Der Prozeß vor dem Leipziger Staatsgerichtshof gegen die „heimlichvolle“ Organisation C hat nicht die erwartete Sensation gebracht. Wenn nicht der Staatsgerichtshof durch sein Hinangehen über die Strafanträge des Reichsanwalts im letzten Augenblick diesem Prozeß doch noch eine „aussehenerregende Wendung gegeben hätte, so ständen alle die ein politisches Geschäft daraus zu machen hofften, mit ganz leeren Händen da.

Die Geschichte der Brigade Erhardt und der nach ihrer Auflösung entstandenen Organisation „Consul“ ist die Geschichte einer geradezu beispiellosen Unbanbarkeit eines Staates gegenüber den Söhnen, die für seine Erhaltung gebuhlet haben. Nach den Berliner Spartakuskämpfen im Januar 1919 zieht der damalige Reichwehrrichter Koste an der Spitze der Marinebrigade Erhardt, mit dem Erhardt-Abzeichen, in Berlin ein. Nach über einem Jahr des Kampfes für den Staat und für die Republik will man die Angehörigen der Brigade auf die Straße setzen. Es kommt zum Kapp-Putsch, aber selbst nach ihm kann Oberbefehlshaber General v. Seeckt der Truppe für ihre ausgezeichnete Disziplin Anerkennung und für ihre neuartigen Leistungen im Kampfe für die Republik Dank nicht versagen. Die Republik ist weniger großmütig und weniger — klug, als ihr erster General. Sie verurteilt den Führer Erhardt und klagt ihn des Hochverrats an. Trotzdem bewiesen Erhardt und seine Leute wieder, daß ihnen das Vaterland über persönliche Kränkung, daß ihnen allgemein staatslich-nationale Interessen über die Abneigung gegen die Staatsform gingen, als Polen seine Hände nach Oberschlesien ausstreckte. Die außenpolitische Situation schien der Reichsregierung den Einsatz der Reichswehr zu verbieten. Und wieder war es Erhardt selbst, an der Spitze seiner Getreuen, der im Einverständnis mit der Reichsregierung wesentlichen Teil an der Organisation des Abwehrkampfes nahm. Diesem Ziel wurde die Vereinigung der alten Marinebrigade, die Organisation „Consul“ (Deckname für Erhardt), der Geheimbund, dienstbar gemacht. Er hat seine Aufgabe glänzend und zum Besten des deutschen Vaterlandes gelöst. Hatten seine Mitglieder geglaubt, damit ihren Führer und sich selbst in den Augen der Regierung rehabilitiert zu haben, so haben sie sich abermals getäuscht. Erhardt blieb vor der Öffentlichkeit der „Hochverräter“, die Organisation C wurde zur „Mörderzentrale“ gestempelt. Denn so sagt die Anklageschrift. Der babische Staatsanwalt, der in den Untersuchungen des Erzbergmordes bei Allinger zahlreiche Schriftstücke beschlagnahmte, wußte nichts davon, daß es sich bei der Organisation um die Aufstellung eines Abwehrregimentes gegen den vierten Polenauflauf handelte. Die festgenommenen Mitglieder zögerten zunächst,

* Befördert wurden die Postmeister Thurer in Mählacker, (vorher in Altensteig), und Hartmann in Nagold zu Oberpostmeistern bei ihren demaligen Dienststellen.

* Vorträge im Evang. Volksbund. Die hiesige Ortsgruppe des Ev. Volksbundes hat seine Winterveranstaltungen wieder begonnen und zwar in der üblichen Weise mit einer Serie von Vorträgen, diesmal über die Grundgedanken der Bibel, zu denen sich die Herren Geistlichen von hier und der Umgebung wieder in dankenswerter Weise zusammengetan haben. Gestern Abend sprach als erster Redner im gut besetzten Gemeindehaus Stadtpfarrer Horlacher hier über des Menschen göttliche Bestimmung. Am Freitag Abend spricht Stadtpfarrer Esenwein, Vened über das Rätsel des Bösen. Neben dieser Vortragsreihe hat die Ortsgruppe des Ev. Volksbundes für den Winter noch mande Veranstaltungen vorgesehen: einen Musikabend, einen Familienabend, einen Vortrag von Frau Dr. Fritz-Wiltsch uvm. Es wird also reiche Abwechslung und Anregung gegeben und es wäre erfreulich, wenn das seither an den Veranstaltungen des Volksbundes gezeigte Interesse sich noch verstärken und immer weitere Kreise der hiesigen evang. Kirche anziehen würde.

— Setzung der Büge. Die im letzten Winter wegen der laut gewordenen Beschwerden über mangelhafte Zugheizung veranlassen die Reichsbahndirektion, die Kiemer und Dienststellen darauf hinzuwirken, daß in der kommenden Heizzeit alle Vorkehrungen für die Durchführung einer ordnungsmäßigen Zugheizung getroffen sind. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß für diejenigen Fernzüge, die wegen ihrer Länge von der Lokomotive aus nicht durchgeführt werden können, im Bedarfsfälle Heizfesseln nach den Umlaufplänen der Radbaldirektionen eingestellt werden müssen. Zur Vermeidung der Abkühlung der Büge sind die Zugbegleiter und Bahnhofsbetriebsstellen für die Schließung der Fenster verantwortlich.

— Technisches zur Reichstagswahl. Nach dem Reichswahlgesetz müssen Kreiswahlvorschläge von mindestens 500 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 500 Wählern genügen 20, wenn glaubhaft gemacht wird, daß mindestens 500 Wähler Anhänger eines Wahlvorschlags sind. Der Reichsminister des Innern empfahl für Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, diese Glaubhaftmachung ohne weiteres als erbracht anzusehen. Zu diesen Parteien zählen folgende: Bayer. Volkspartei, Bayer. Bauernbund, Deutsch-Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Zentrumspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsch-Soziale Partei (Landliste), Liga der Kommunisten, Nationalsozialistische Freiheitspartei, Sozialdemokratische Partei, Wirtschaftsgemeinschaft der Deutsch-Hannoverschen Partei und Wirtschaftspartei.

— Die Erwerbslosen. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Deutschen Reich einschließlich der besetzten Gebiete erfuhr in der ersten Oktoberhälfte eine Abnahme um rund 40 000, nämlich von 513 000 auf 473 000, die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 463 000 am 1. Oktober auf 427 000 am 15. Oktober, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 50 000 am 1. Oktober auf 46 000 am 15. Oktober. Die Zahl der Aufschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen unterstützter Erwerbsloser) verringerte sich von 649 000 auf 598 000.

— Pflügt die Obstbäume! Es ist höchste Zeit, daß die Obstbäume durch Besprüngen mit Kaltsprüh und Umlagerung von Klebgärten geschützt werden. Wer sich vor Schaden im kommenden Frühjahr hüten will, verliert keine Zeit und lasse den Bäumen die erforderliche Pflege zukommen.

Lord Parmoor entwickelte den Standpunkt der englischen Regierung. Hierbei erklärte er u. a., die dem Rat unterbreitete Frage beziehe sich nicht auf die Festsetzung der Grenze zwischen Irak und der Türkei, d. h. auf die Regelung des Schicksals von Mossul und seines Vilajets, sondern einzig und allein auf die Aufrechterhaltung der Lage, die der Friedensvertrag von Lausanne in der Gegend festgelegt habe, durch die die neue Grenzlinie gehen werde. — Der Vertreter der Regierung von Anzora erklärte, in Lausanne sei von beiden Regierungen keine andere Verpflichtung übernommen worden als die, daß das Schicksal des Vilajets Mossul einer endgültigen Regelung vorbehalten bleibe. Infolgedessen habe die türkische Regierung recht ihre Souveränität über die benachbarten Gebiete auszuüben, die ihr gehörten. Die britische Regierung habe ihre Beziehungen immer weiter ausgedehnt und dadurch ein merkwürdiges Auffaßun, des Status quo gezeigt. Die Regierung von Anzora werde sich der Entscheidung des Völkerbunds raten fügen. Der Streitfall betreffe also nur die Art dieses Status quo. — Der Völkerbundsrat hat beschlossen, daß der schwedische Ministerpräsident die beiden Thesen prüfen und Sachverständigen anhören soll, um dem Plenum die Möglichkeit einer Entscheidung zu geben.

Konferenz der alliierten Finanzminister. Paris, 28. Okt. Die Interalliierte Finanzkonferenz ist am Montag in Paris eröffnet worden. Die Verhandlungen werden zunächst von den Sachverständigen geführt, und dienen der Vorbereitung der sehr komplizierten Probleme, deren Lösung den alliierten Finanzministern vorbehalten geblieben ist. Die Finanzminister der alliierten Länder werden erst in Paris erwartet, wenn die vorbereitenden Arbeiten der Sachverständigen zum Abschluß gebracht werden, was gegen Ende dieser Woche der Fall sein dürfte. Die Regierung von Washington wird durch ihren offiziellen Beobachter in der Reparationskommission, Logan, vertreten. Amerika ist in der Frage der Repartierung der aus dem Dawesplan zu erwartenden Einnahmen direkt interessiert auf Grund seines Anspruchs auf Rückerstattung seiner Okkupationskosten in Höhe von etwas über einer Milliarde Goldmark. Auf Grund einer im vergangenen Jahre getroffenen Abmachung sollte die Zahlung in zwölf Jahresraten erfolgen. Nach der Pariser Ausgabe der „Times“ sollen die Instruktionen Logan dahin geben, daß diese Annuitäten aus den von Deutschland auf Grund des Dawesplanes zu leistenden Zahlungen gedeckt werden müssen.

Abschluß des Zentrumsparteitag. Berlin, 28. Okt. Auf dem Zentrumsparteitag sprach am Dienstag, dem zweiten Verhandlungstag, Generalsekretär Brand-Münster über die Aufgaben der Zentrumspartei im Wahlkampf. Auch diesmal sehe bei den Wahlen die Außenpolitik im Vordergrund. Der Kampf richte sich weniger gegen die Deutsche Volkspartei, die ja die Außenpolitik des Zentrums betreibe, als gegen die Deutschnationalen. Die Wählenden seien nicht ernst zu nehmen. Der Redner zog den Trennungsschritt zwischen der Sozialdemokratie mit aller Deutlichkeit, erkannte aber an, daß namentlich im Westen die Sozialdemokratie stets viel laßlicher gekämpft habe als die Deutschnationalen. Reichsminister a. D. Dr. Bess legte eine Entschließung vor, worin dem Reichskanzler Marx und der Reichstagsfraktion des Zentrums vom Parteitage das volle Vertrauen ausgesprochen wird. In der Entschließung heißt es weiter, zur Erreichung des hohen Zieles der Volksgemeinschaft ist die Zentrumspartei gewillt, mit allen Parteien die Regierungsverantwortung zu übernehmen, die bereit sind, die Gewähr dafür bieten, daß die vom Reichskanzler Marx verfolgte innen- und außenpolitische Linie eingehalten wird. Diese Entschließung wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

aus vaterländischen Beweggründen, sich durch die Offenbarungen zu verteidigen. Der Staatsanwalt faßte deshalb den Verdacht, daß die Organisation C irgendwie mit dem Erzbergermord im Zusammenhang stehe und erwirkte entsprechende Haftbefehle. Der Eingriff des Staatsanwaltes machte die Abwehrvorbereitungen gegen den Völkeraufstand durch die Organisation C zunichte. Die Organisation C hörte auf, als einheitlich geleiteter Verband zu bestehen. Die Untersuchung ergab nichts, was die zunächst erhobene Beschuldigung der Beteiligung oder Begünstigung des Erzbergermordes hätte rechtfertigen können. Die Haftbefehle wurden deshalb aufgehoben, aber alsbald durch Haftbefehle wegen Geheimbündelei ersetzt. Das schwebende Verfahren wegen Geheimbündelei erfuhr einen neuen Anstoß durch die Ermordung Rathenaus. Wieder wurde eine Gewalttat der Organisation C angenommen. Viele hundert Männer wurden festgesetzt und viele hunderttausend Schriftstücke beschlagnahmt. Die Untersuchungen ergaben Grundlosigkeit des Verdachtes.

Nach dieser Fülle einzelner und zersplitterter Verfahren, Verhaftungen und Freilassungen ist jetzt endlich durch den süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes (verstärkt durch zwei norddeutsche Sozialdemokraten) festgestellt worden, daß zwar „Schulz, Tillesen und ein Rathenaumörder der Organisation C angehört“ haben, aber „sonst hat die Verhandlung nicht erwiesen, daß die Organisation C hochverräterische Pläne verfolgt hat oder eine Mörderzentrale gewesen ist“. Der Reichsanwalt Riethammer betont in seiner Anklagerede ausdrücklich: „Die Angeklagten haben nicht den Versuch gemacht, die Verfassung zu stürzen“.

Neues vom Tage.

Die südslawische Regierungskrise.

Belgrad, 28. Okt. Die Ministerkrise ist wieder in eine neue Phase getreten. Nachdem der Regierungsbund weder mit Pribitschewitsch unterhandeln will, beantragen die Radikalen, daß ein Konzentrationskabinett unter Ausschluß sämtlicher führenden Politiker gebildet werde. In Regierungskreisen erdickt man in diesem Antrag einen Versuch der Radikalen, die Krise noch weiter zu verschleppen. Raditsch drängt deshalb auf Vornahme von Neuwahlen.

Ehrung für die Zeppelin-Bekehrung.

Newport, 28. Okt. Anlässlich des 25jährigen Stiftungsfestes der Vereinigten deutschen Gesellschaften Newports brachten sich mehr als 5000 Amerikaner deutscher Abkunft im großen Ballsaal des Waldorf-Astoria-Hotels versammelt. Die Feier gipfelte in einer großen Ehrung für Dr. Eckener und die gesamte Besatzung des Z. R. 3. Amtliche Vertreter der Städte hielten Ansprachen, in denen sie das Luftschiff und seine Mannschaften feierten. Nachdem dann Dr. Eckener einen Vortrag über den Verlauf der Ozeanfahrt gehalten hatte, wurde unter allgemeinem Beifall eine Entschließung angenommen, in der Präsident Coolidge gebeten wird, den Einfluß der Vereinigten Staaten auszuüben, um die Zerstörung der Zeppelinwerft in Friedrichshafen zu verhindern. In der Entschließung wurde darauf verwiesen, daß hervorragende amerikanische Luftfahrtoffiziere erklärt haben, eine Zerstörung der Friedrichshafener Werke würde den Fortschritt in der Luftschiffahrt um 50 Jahre zurückwerfen.

Die Tagung des Völkerbundsrats.

Brüssel, 28. Okt. Die außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrats wurde unter dem Vorsitz Homans eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen die Fragen: Englisch-türkischer Konflikt und Ausweisung der Griechen aus Konstantinopel.

Lesefrücht.

Du' was du kannst, wenn's nicht angeht, zu tun, was du willst. Terenz.

Wessen Bild trägt Du im Herzen?

Von Erich Ebenstein.

29.

(Nachdruck verboten.)

Jorn und Enttäuschung kämpften in Lore die Schwäche nieder. Mit finster gezeichneten Brauen erwartete sie den Kommenden.

„Hoh!“ haben also nicht einmal mehr so viel Rücksicht gegen mich... und andere... um mein Verschwinden so zu beschreiben, wie es gemeint war?“ sagte sie bitter. „Sie wagten anzunehmen, daß ich mich deshalb entfernte, weil —“

„Nein, ich verstand es ganz richtig,“ unterbrach er sie ernst und bewegt. „Sie haben mir es ja allezeit nur zu deutlich gezeigt, wie unangenehm nicht nur meine Gefühle, sondern meine Gegenwart überhaupt war! Trotzdem kann ich ihnen nicht helfen, Lore. Wir müssen uns über gewisse Punkte aussprechen und — einigen!“

„Hohheit irren. Zwischen uns hat es nie etwas anzusprechen gegeben und —“ die Erregung übermannte sie vor neuem, „ich will nicht! Hören Sie, Hohheit, ich will nicht! Kein einziges Wort will ich hören! Nichts anderes wünsche ich, als daß Sie sich sofort entfernen, denn Ihre Gegenwart beleidigt und entehrt mich! Wenn noch ein Funken Ritterlichkeit in Ihnen ist, so —“

„Mein Gott, Gräfin, beruhigen Sie sich doch! So kommen wir nicht zum Ziel und die Minuten sind kostbar! Ich weiß ja, daß ich geirrt habe, indem ich Ihnen früher Gefühle ausdrücken wollte, die keinen Widerhall in Ihnen fanden. Nicht davon wollen wir sprechen. Die Vergangenheit soll begraben sein. Was mich... diese Unterredung, um die ich Sie so oft vergeblich... mit Gewalt herbeizuführen, ist einzig und allein die Bitte, mir jenen Brief

zurückzugeben, den ich kurz vor meiner Verlobung an Sie richtete. Der Gedanke, er könnte vielleicht nachträglich durch Zufall in andere Hände geraten und mißbraucht werden, läßt mir keine Ruhe!“

Er vermied es, ihrem erstaunten Blick zu begegnen, und fuhr verlegen zu Boden sehend hastig fort: „Sie müssen dies begreifen, Gräfin. Die Verhältnisse haben sich seit jener Stunde, in der heißer Schmerz und Leidenschaft mir Worte in die Feder diktierten, die... die ich heute nicht mehr aufrechterhalten kann... geändert! Ein junges reines Wesen, das mir ahnungslos vertraute, könnte dadurch für immer in seiner Ruhe gestört werden und... ich liebe dieses Wesen! Ich...“

„Hohheit brauchen mir das nicht weiter zu erklären. Ich verstehe jetzt vollkommen, was Ew. Hohheit bewegt.“ Sie atmete tief auf. „Gott sei gedankt, daß es so kam! Aber Hohheit sind im Irrtum. Ich habe nie einen solchen Brief erhalten!“

„Das ist unmöglich! Ich übergab ihn doch persönlich meinem Adjutanten zur Bestellung. Rittmeister v. Breda kann ihn doch nicht unterschlagen haben!“

Breda! Wie ein Blitz durchquod... Lore dieser Name. Das also war es, was ihm den Glauben an sie nahm. Jener Brief, den sie nie erhalten hatte und dessen Inhalt er wohl ahnte...

Abermals fiel eine Fährte zu und Schritte erklangen am Kies. Aber sowohl der Prinz als Lore Lampelius waren viel zu erregt, um darauf zu achten.

Diesmal war es die Tür von der Galerie her und Breda war der Eintretende. Er machte nur wenige Schritte nach vorwärts, dann erkannte er die beiden und blieb wie angewurzelt stehen. Gleichzeitig schlug sein eigener Name an sein Ohr.

„Befinnen Sie sich, Gräfin, Breda muß Ihnen den Brief damals übergeben haben!“

„Ich kann Ew. Hohheit nur wiederholen, daß ich niemals einen Brief erhielt, weder von Ihrem Adjutanten, noch von sonst jemand. Ich würde einen solchen Brief auch nie angenommen haben.“

„Aber dann... mein Gott, was kann dann damit geschehen sein?“ flammelte der Prinz, aufs tiefste befürt.

„Ich weiß es nicht. Vielleicht war ich nicht daheim und meine Mutter nahm ihn in Empfang?“

Prinz Egoas häßliches Gesicht wurde immer befrühter. Von allen Möglichkeiten schien ihm diese die wahrscheinlichste — aber auch die schlimmste! Denn er kannte die Gräfin Lampelius genau. Wenn ihn nicht alles täuschte, so hatte die alte ehrgeizige Intrigantin auch schon eine Waise daraus geschmiedet — damals, als es galt, beim Herzog die Anstellung ihrer Tochter als Hofdame durchzusetzen! Davon konnte er Lore freilich keine Andeutungen machen. Aber welche Möglichkeiten... welche Gefahren, wenn die Gräfin jenen Brief tatsächlich noch besaß!!!

Jeder Augenblick, während er fern war, konnte es ihr einfallen, damit Nagelones reinen Glauben an ihn zu zerstören, ihr Glück zu töten —

Nein... Gedanken drangen qualvoll auf Lore ein. Auch sie kannte ihre Mutter. Und sie begriff plötzlich vieles...

„Ew. Hohheit mögen verzeihen, wenn ich ungefragt das Wort ergreife,“ sagte da plötzlich die tiefe klare Stimme Bredas neben ihr, „ahnungslos hier eintretend, hörte ich meinen Namen und die Erwähnung jenes Briefes, den Hohheit mir einmal zur Bestellung übergaben...“

„Nun? Und...? Was haben Sie damit gemacht?“ Der Prinz hatte sich scharf umgedreht und starrte seinen Adjutanten feindselig an. Die Störung kam ihm plötzlich ungelegen.

„Ich übergab ihn der Gräfin Mutter, da ihre Tochter nicht zu Hause war.“

„Mit welchem Recht: der Brief war vertraulich. Eben darum wählte ich ja die Bestellung durch Sie. Das hätten Sie sich doch denken können!“

„Ew. Hohheit verzeihen, aber gerade das konnte ich nicht vermuten, daß Dinge darin standen, die der Mutter verborgen bleiben sollten!“

(Fortsetzung folgt.)



*Freudenstadt, 28. Okt. (Die Aufwertung des Konsum- und Sparvereins.) In der am letzten Sonntag im Dreifachsaal abgehaltenen jährlichen Generalversammlung des Konsum- und Sparvereins wurde die Aufwertung der alten Goldmark- und Papiermark-Geschäftsguthaben in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Form einstimmig zum Beschluß erhoben. Desgleichen die vorläufige Aufwertung der Goldmark-Darlehen und Papiermark-Sparguthaben. Zu der im Februar d. J. beschlossenen Aufwertung von 15 Prozent tritt eine weitere von 10 Prozent, so daß im ganzen eine 25prozentige Aufwertung erfolgt, die aber damit noch nicht abgeschlossen ist. Die Absicht der Verwaltung geht dahin, die Darlehen und Sparguthaben voll aufzuwerten.

Stuttgart, 28. Okt. (Substanz der christlichen Gewerkschaften.) Unter starkem Andrang feierten die christlichen Gewerkschaften Groß-Stuttgarts das 25jährige Bestehen. Abg. Bengler begrüßte die Erschienenen, darunter als Vertreter der württ. Staatsregierung Minister des Innern Holz, Staatspräsident a. D. Dr. v. Heber, Bürgermeister Klein, die Abg. Dr. Egelhaaf und Groß. Minister Holz sprach der Versammlung die Grüße der württembergischen Staatsregierung aus. Der Minister wünschte, daß die christlichen Gewerkschaften, deren Führer er hochachtete und bewunderte, mit neuem Mut und Kraft in das zweite Vierteljahrhundert eintreten. Die Festrede hielt Generalsekretär Otto-Berlin. Unter den Gegenwartsaufgaben insbesondere forderte der Redner eine Hebung des Reallohnes. Die christlichen Gewerkschaften haben eine große Kulturmission zu erfüllen, sie wollen diese im Wandel an Deutschlands Zukunft ausführen.

Grasshofenheim, 28. Okt. (Wandung eines französischen Postflugzeugs.) Gestern nachmittag zwischen 9 und 3 Uhr mußte ein französisches Postflugzeug infolge Motordefekts über dem Grasshofenheimer Wald umkehren und beim Rechenhof eine Notlandung vornehmen. Erforderliche Erhebungen durch die zuständigen Stellen wurden sofort eingeleitet und bis zur Klärung des Flugzeug samt Insassen festgehalten.

Mergentheim, 28. Okt. (Tagung des Württ. Städtetags.) Der Vorstand des Württ. Städtetags war zu einer wichtigen Tagung hier versammelt. Finanzfragen in erster Linie waren es, über die er als Vertretung der großen und mittleren Städte und der Kreisstädteverbände zu beraten hatte. So die Frage der Beschaffung von nicht zu teurem Kredit für die Gemeinden, sodann die Aufwertungsfrage. Weiter nahm der Vorstand Stellung zu den bei der Reichs- und der Landesregierung immer stärker auftretenden Bestrebungen nach Beschränkung der steuerlichen Mittel der Gemeinden und zu den drohenden weiteren Eingriffen in ihre Finanzhoheit. Wie der Deutsche Städtetag in Hannover gegenüber dem Reich, so wird er in Württemberg die Forderung auf Erhaltung bzw. Wiederherstellung der kommunalen Finanzrechte, überhaupt des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden mit größtem Nachdruck erheben. Eine von ihm eingesetzte Kommission wird bei der württ. Regierung nach dieser Richtung vorstellig werden. Für die von der Regierung geplante Revision der Gemeinde- und Bezirksordnung ist durch die gründliche Aussprache, die sich an ein von Rechtsrat Dr. Schmid-Heilbronn erstattetes Referat anschloß, viel Material gesammelt worden, das, als aufschlußreicher Erfahrung führender Männer der Gemeindeverwaltung beruhend, bei den kommenden Maßnahmen der Gesetzgebung verwertet werden soll. Auch hier wird der Württ. Städtetag ein wachsameres Auge darauf haben, daß die Neugestaltung den Städten die Freiheit und die Rechte läßt, die ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung angemessen sind.

Hechingen, 28. Okt. (Schweres Autounfall.) Ein mit vier Personen besetztes Auto, das von Rottweil über Hechingen-Lüdingen nach Stuttgart fahren wollte, verunglückte unterhalb Sebaltsweiler. Der Stadtkommissar von Rottweil war sofort tot. Seine Frau und der dortige Schultheiß mußten nach der ersten Hilfeleistung durch Dr. Gude-Rösslingen in die Klinik nach Lüdingen werden. Der Chauffeur wurde nur leicht verletzt.

Ravensburg, 27. Okt. (Zeichen der Zeit.) Kürzlich waren bei einem öffentlichen Verhandlungstermin des Landgerichts von 21 auf der Tagesordnung stehenden Verhandlungspunkten nicht weniger als 11 Ehescheidungsprozesse.

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

Seim Transport von neuem Zabergäu-Wein bekam ein Faß mit nahezu 2000 Liter Inhalt in Bietigheim an der Ludwigsburger Straße einen Defekt, wodurch der temperamentovolle 1924er auslief.

Bei der Ortsvorwahl in Klingenberg bei Heilsbrunn haben von 393 Wahlberechtigten 250 (65 Proz.) abgestimmt. Mit 213 Stimmen wurde Oberamtsparlamentarier Salzmann aus Rittingen gewählt.

An einer abschüssigen Kurve unweit von Degenfeld stürzte ein Radfahrer von dort vom Rade und erlitt einen Schädelbruch.

Bei heftigem Sonnenschein sah man am Samstag in Schwärzloch, O. Lüdingen, im Ammertal einen Wagen Sechsdrittel des Hinterrades. Gewiß eine Seltenheit, die in einem Menschenalter nicht oft vorkommt.

Auf der schlüpfrigen Straße kurz vor Beffendorf bei Oberndorf ist der Bankier Hum, der vor nicht langer Zeit nach Schramberg übergesiedelt war, mit seinem Auto verunglückt. An den erlittenen schweren Verletzungen verschied er nach kurzer Zeit. Den Fahrer trifft keine Schuld.

Bei am Samstag in Weingarten abgehaltenen Pferdemarkt wurde ein Pferd für eine Ziehharmonika eingetauscht. Wahrscheinlich zieht die letztere besser.

Nachts brannte in Unterliegenbühl, O. Alen, zum drittenmal das Wohn- und Oekonomiegebäude des J. Weg bei der Scherenmühle bis auf den Grund nieder. Letztesmal brannte es am Samstagmorgen 1919 ab. Nur das Vieh und einige Kleidungsstücke konnten gerettet werden. Zwei Marokkaner von der französischen Besatzung in Duisburg wurden im Walde bei Teitnang aufgegriffen. Die beiden, die nach der Türkei wandern wollten, sind über die bayerische Grenze abgeschoben worden.

Auf dem Tonhald der Hof bei Emmingen ob Egg brach Feuer aus, das in kurzer Zeit das Wohn- und Oekonomiegebäude in Asche legte. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Der Pächter Paul Bach, der früher Besitzer war, aber zur Zeit der Inflation verkauft hatte, war in Tübingen. Er ist Vater von neun unversorgten Kindern.

Evang. Landeskirchenversammlung.

ep. Stuttgart, 28. Okt. (Evang. Landeskirchenversammlung.) Die Evang. Landeskirchenversammlung trat am Montag nachmittag zu ihrer ersten Sitzung seit dem Bestehen der neuen Kirchenverfassung zusammen. Den Gegenstand der kommenden Beratungen bilden die neuen Kirchengemeinden- und Kirchenbezirksordnung sowie der kirchliche Haushaltsplan. Nach Eröffnung der Versammlung durch Präsident v. Haffner hielt Kirchenpräsident D. Dr. Metz eine bedeutende Eingangsansprache, in der er zu den wichtigsten kirchlichen und sozialen Fragen der Zeit Stellung nahm. Neben die Eindrücke von regem kirchlichem Leben, die er bisher bei seinen Besuchen in den Gemeinden gewonnen habe, stellte er u. a. die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl, der sozialen Grundlegung des Deutschen Evang. Kirchentags, der im Gang befindlichen Schulreform; auch über die Stellung der Kirche zur Aufwertungsfrage und die Zusammenarbeit von evangelischen und katholischen Christen in der Not des Volkes sprach er sich aus. Der sodann von Landesgerichtspräsident M. A. Heilbronn erstattete Rechenschaftsbericht des ständigen Ausschusses der Landeskirchenversammlung wurde einstimmig gebilligt. Heute wurden in der Sitzung der Landeskirchenversammlung zuerst zur Verlesung des ökonomischen Ausschusses noch sechs weitere Mitglieder gewählt. Sodann wurde in die Beratung der Gesetzesentwürfe über die Kirchengemeindenordnung und über die Bezirkskirchenordnung eingetreten, wobei zunächst Kirchenpräsident D. Dr. v. Metz ausführt, daß es leider nicht möglich gewesen sei, diese Gesetzesentwürfe gleichzeitig mit dem Kirchenverfassungsgesetz zur Beratung vorzulegen. Der Berichterstatter über die Kirchengemeindenordnung, Dr. Schwandner, gibt zuerst einen Rückblick auf die lange geschichtliche Entwicklung. Der Mitberichterstatter Meiff geht mehr auf die innerkirchliche Seite des Entwurfs ein. Das Neue daran sei, daß die Gesamtheit der Kirchengemeinden nicht nur Objekt, sondern Subjekt des kirchlichen Handelns geworden sei, der volkskirchliche Charakter werde festgehalten, aber den Vertretern der freien kirchlichen Vereinsarbeit werde die Türe aufgetan, ohne daß sie verkränkt oder ihrer Freiheit beraubt werde. Kirchenpräsident D. Dr. v. Metz teilt mit, daß Verhandlungen über eine Gottesdienstsordnung, besonders über Konfirmation und Abendmahl schon eingeleitet seien.

Handel und Verkehr.

Amliche Berliner Devisenkurse vom Dienstag, den 28. Oktober. Die Kurse verstehen sich in Billionen Papiermark.

	27. Okt.	27. Brief	28. Okt.	28. Brief
Amsterdam 100 Gulden	164,00	165,81	164,90	165,51
Buenos Aires 100 Peso	1,22	1,23	1,22	1,23
Brüssel 100 Kronen	20,08	20,18	20,17	20,27
Christiana 100 Kronen	59,55	59,85	59,50	59,90
Kopenhagen 100 Kronen	71,92	72,28	71,72	72,08
London 100 Pfund Sterling	18,85	18,15	18,14	18,24
London 1 Pfund Sterling	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris 100 Franken	21,51	21,92	21,92	22,02
Schweden 100 Kronen	80,625	81,025	80,55	80,95
Spanien 100 Pesetas	56,08	56,34	56,31	56,50
Wien 100 000 Kronen	5,91	5,94	5,91	5,94
Wroclaw 100 Kronen	12,495	12,505	12,49	12,50

Berliner Börse, 28. Okt. In der Erwartung, daß die schließlich erwartete Herabsetzung der Börsenumlagesteuer noch in dieser Woche eintreffe und den jetzigen Zustand der Geschäftsentwicklung beenden werde, nahm die Spekulation heute in einigen Papieren Pannungsanfänge vor. Einzelne Montan- und Industriewerte erlitten Kursrücksetzungen bis zu 1 Billionen Prozent und vereinzelt darüber. Auch für heimische Renten bestand bei mäßig abgeklärten Kursen etwas mehr Interesse.

Frankfurter Börse, 28. Okt. An der Börse, die sich etwas freundlicher gestaltet, fehlte bei Beginn eine lebhaftere Kursbewegung für heimische Aktien ein, die in nächster Zeit von ansehnlichen Kursrücksetzungen erlitten. Die Überbewertung in Staatsanleihen beginnt sich bereits wieder zu verflachen, obwohl die Umstände an Bedeutung noch nicht eingestrichelt haben. Simultaneer Anleihe ging zu 8,5 Frankfurter zu 8,4 in den Verkehr.

Stuttgarter Börse, 28. Okt. Auch an der heutigen Börse konnten sich die Kurse, trotzdem in allgemeinen realen Kreisen zu einer Geschäftsbelebung fehlt, behaupten. Der Markt erwies sich als ziemlich widerstandsfähig.

Amliche Berliner Produktionskurse, 28. Okt. Weizen märk. 210-215; Roggen märk. 202-210; Sommergerste 200-205; Wintergerste 200 bis 215; Haber märk. 175-185 je 1000 Hlo; Weizenmehl feinste Marken über Notis Rosentale 22-22,5; Roggenmehl 22,5-23; Weizenmehl 12,5 bis 12,8; Roggenmehl 12,5-12,8; Raps 300-305; Leinöl 300-305; Stillsäckeröl 34-37; H. Speiseöl 34-36; Buttererlöse 19-20; Weizenöl 17-19; Ackerbohnen 20-22; Weizen 18-20. Tendenz leicht befristet.

Stuttgart, 28. Okt. Dem Schlachtlehmarkt am Dienstag wurden gemeldet: 16 Ochsen, 5 Bullen, 64 Junghüllen, 64 Jungrinder, 15 Kühe, 428 Rinder, 790 Schweine. Preis pro Zentner Verkaufspreis: Ochsen erste Qualität 40-43, zweite 30-35; Bullen erste 41-44, zweite 30-35; Jungrinder erste 40-50, zweite 35-42, dritte 29-30; Kühe erste 30-37, zweite 25-27, dritte 12-17; Rinder erste 70-75, zweite 70-75, dritte 61-65; Schweine erste 31-38, zweite 26-29, dritte 26-27; Hammel (schlachtet) 60-65; Schafe (schlachtet) 40-58 A. Alles verkauft, Verkauf langsam.

Schweinepreise. In Rellingen kostete ein Mischschwein 15 bis 12 A.; in Bietigheim Mischschweine 18-20, Rinder 35-40 A.; in Bietigheim Mischschweine 20-25 A.; in Grailshausen Rinder 10-12, Mischschweine 15-20 A.; in Ellwangen Mischschweine 17 bis 25 A.; in Gailingen Mischschweine 14-20, Rinder 35-40 A.; in Hall 18-27 bzw. 45-48 A.; in Heilbronn 18-35 bzw. 45 bis 10 A.; in Oehringen 20-30 A.; in Rottweil 12-28 A. je 100 Hlo.

Preis a. R. 28. Okt. (Schmalzmarkt.) Zufuhr 1900 Ömmel und Zeale. Erhöht wurden je pro Saar: 3-Zehnerömmel 90-100 A., 1-Zehnerömmel 40-50 A., trübste Butteröl 82-85 A.

Stuttgart, 28. Okt. Kartoffelmarkt: Zufuhr 1200 Hlo; Zentnerpreis 4,5-5 A.; -Rohschmalzmarkt: Zufuhr 5000 Hlo; Zentnerpreis 6-6,5 A.; -Silberkrautmarkt: Zufuhr 100 Hlo; Zentnerpreis 4-5 A.

Oberbaubehörden, Heilbronn: Die Qualität des Bausteines ist über Erwarten gut. Amliche Behälteranlagen erweisen bei Schwarz-Riedling 51 Grad nach Dehler und 64 Behältermaß 70 Grad. Trolinger und Wehrlektlinie verzeichnen noch besser zu werden. - Er. Endach, O. A. Redarum: Der Verkauf war heute sehr lebhaft. Preis von 320 A. aufwärts pro 3 Hl. Die Weinstreuermarkt ist ein größeres Quantum in Rot, Weiß- und Schillerwein am Dienstag, 11. Nov., zum Verkauf bringen. - Weinsberg: Rente a 200-250 A. per Liter. Einzelne Rente hat noch 100 A. - Er. Endach: Rente bezahlt. Die Qualität ist besser als erwartet. Preis 60-200 A. - Heilbronn: Bei der letzten Versteigerung der Weinstreuermarkt bewarben die Preise in Klasse 1 mit 100 bis 120 A. pro Hl.

*Nagold, 24. Okt. (Markt-Bericht.) Zuführt wurden: 60 Körbe Tafelobst, 10 Körbe Birnen, 3 Körbe Zwetschgen, 15 Ztr. Rostobst, 40 Ztr. Kraut. Preise: für Kessel 6-10 Pfg., Birnen 5-15 Pfg., Zwetschgen 20 Pfg. je per Pfund, Rostobst 4,50-5 M., Kraut 3,50-4,50 M. je per Ztr.

Letzte Nachrichten.

Das Wahlrecht zum bayerischen Landtag.

W.B. Berlin, 29. Okt. Blättermeldungen aus München zufolge hat der Verfassungsausschuß des bayr. Landtags einen bauernbündlerischen Antrag unter Dimaufhebung des Wahlalters auf 25 Jahre und der Wählbarkeit auf 30 Jahre angenommen und zwar gegen die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Demokraten und die Volkslisten.

Eine neue englische Arbeiterregierung?

W.B. London, 28. Okt. Nach Blättermeldungen erklärte Kolonialminister Thomas in einer Rede, die politische Lage werde sich nach den Wahlen sehr interessant gestalten. Die Arbeiterregierung werde nach den Wahlen, nicht zurücktreten, sondern vor das Parlament mit einer Thronrede treten, worin sie ihre Politik darlegen werde.

Die dritte Feststellung der Reparationskommission.

W.B. Paris, 28. Okt. Die Repko ist heute nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten, worin sie die dritte Feststellung zu treffen hatte, die das Londoner Protokoll vorsieht.

W.B. Paris, 28. Okt. Die Repko veröffentlicht folgendes Communiqué: Gemäß § 3 des Art. 3 Anh. 2b des am 19. August in London getroffenen Abkommens beschloß die Repko einstimmig, zu erklären, daß das in Art. 1 des Anh. 2b festgelegte Programm zur Wiederherstellung der fiskalischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands von der belgischen und der französischen Regierung am 28. Oktober durchgeführt wurde. Damit ist die vorgesehene dritte Feststellung erfolgt.

Der voraussichtliche erste Aufstieg des Luftschiffes „Los Angeles“ (3. R. 3.)

W.B. Berlin, 29. Okt. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Washington, daß das Luftschiff „Los Angeles“ seinen ersten Probeflug über amerikanisches Gebiet voraussichtlich Mitte November und zwar entlang der atlantischen Küste unternehmen werde.

Die Anerkennung Sowjetrußlands durch Frankreich.

W.B. Paris, 28. Okt. Ein Telegramm der französischen Regierung an die Regierung in Moskau, worin die Anerkennung der Sowjetregierung ausgesprochen worden ist, wurde an Tschischerin gerichtet und um 11 Uhr vormittags von Paris abgeandt. Im Ministerium des Auswärtigen erwartete man im Laufe des Nachmittags die Antwort Tschischerins.

Wetterausblick.

Süddeutschland befindet sich noch im Handgefecht eines östlichen Hochs und niederen Luftdrucks im Westen. Diese unausgeglichenen Luftdruckverteilung läßt für Donnerstag zwar zeitweise aufsteigendes, aber noch mitunter bewölkt und zu vereinzelt niederschlägigen gegendes Wetter erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf. Druck und Verlag der W. Necker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Altensteig-Stadt.



Freiwillige Feuerwehr

Nächsten Sonntag, den 2. Nov., findet die

Schlusübung

statt. Antreten präzis 1/3 Uhr in voller und blanker Ausrüstung.

Den 29. Okt. 24. Das Kommando.

Kriegerverein Altensteig.

Am Sonntag, den 2. Nov., mittags 2.30 Uhr findet im „Grünen Baum“ die Wiederholung der

theatralischen Aufführungen

besonders auch für Auswärtige, statt. (Das Spiel ist so eingelegt, daß auswärtige Besucher mit Zug und Auto Verbindung haben. Der Ausschuß.

Der Eintritt ist zurückgesetzt, jedoch mind. 50 Pfg.

Bestellen Sie?

unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ für den Monat November — wenn nicht, so haben Sie keine Zeit mehr zu verlieren, wollen Sie ununterbrochen in den Besitz uns. Zeitung kommen!



Öffentliche Bekanntmachungen.

Oberamt Nagold.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöfte des Farrenstalls der Gemeinde Obertalheim.

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182 bis 192 der Min.-Verfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (Reg.-Bl. S. 317 ff.) ergehen folgende Anordnungen:

A. Sperrbezirk: Sämtliche Gehöfte in Obertalheim und der Farrenstall.

B. Beobachtungsgebiet: Die Gemeinde Untertalheim, Schietingen, Haiterbach mit Altnuifra und Altheim O. Horb.

C. In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort werden einbezogen sämtliche die Gemeinden des O. A. Bezirks mit Ausnahme von Ettmannsweiler, Enzthal, Fänfbronn, Gaugenwald, Simmersfeld, Schönbrunn, Gältlingen, Wildberg, Sulz; und folgende Gemeinden der Nachbaroberämter:

1. im Oberamt **Freudenstadt:** Böfingen, Cressbach, Dornstetten, Durrweiler, Edelweiler, Glatten, Grömbach, Hallmangen, Herzogweiler, Hörchweiler, Neunet, Oberstingen, Pfalzgrafenweiler, Schopfloch, Tumlingen und Wörnersberg;
2. im Oberamt **Herrenberg:** Bondorf, Mödingen, Ober- und Unterjettingen, Döschelbronn;
3. im Oberamt **Horb:** Sämtliche Gemeinden mit Ausnahme von Altheim, welches zum Beobachtungsgebiet zählt;
4. im Oberamt **Rottenburg:** Edenweiler, Ergenzingen, Nellingshausen, Remmingsheim, Wolfshausen;
5. in **Hohenzollern:** Haigerloch, Dettlingen, Dießen, Dettlingen, Empfingen, Hittelbronn, Jannau;
6. im Oberamt **Sulz:** Sulz, Dürrenmattstetten, Holzhausen, Hopfau, Leinfelden, Mühlheim, Renfrizhausen.

I. Besondere Maßregeln für den Sperrbezirk.

1. In dem verseuchten Gehöft ist über die Ställe oder sonstigen Standorte, wo Klauenvieh steht, die Sperre verhängt, die abgesperrten Tiere dürfen nur mit oberamtlicher Erlaubnis aus dem Stall (Standort) entfernt werden. Weitere Vorschriften sind erlassen über die Verwendung der Pferde außerhalb des Gehöfts, die Verwahrung des Geflügels, die Fernhaltung fremden Klauenviehs von dem Gehöft, das Weggeben von Milch, die Abfuhr von Dünger und Jauche, die Ausfuhr von Futter, Streu und Wolle, das jedesmalige Herausbringen von Fahrzeugen und Gerätschaften, namentlich Milchtransportgefäßen, die Entfernung von Kadavern u. a. Der Besitzer, sein Vertreter, die mit der Beaufsichtigung, Wart und Pflege der Tiere betrauten Personen und Tierärzte müssen sich beim Verlassen eines gesperrten Stalls reinigen und desinfizieren. Anderen Personen ist das Betreten der gesperrten Ställe verboten. Zur Wartung des Klauenviehs in dem Gehöft dürfen Personen nicht verwendet werden, die mit fremdem Klauenvieh in Berührung kommen.

2. Sämtliches Klauenvieh (Kühdvieh, Schafe, Ziegen, Schweine nicht verseuchter Gehöfte unterliegt der Absonderung im Stalle und darf nur mit oberamtlicher Erlaubnis zur sofortigen Schlachtung entfernt werden.

3. Sämtliche Hunde sind festzulegen.

4. Schlächtern, Viehkaufleuten, sowie Händler und anderen Personen, die gewerbsmäßig in Ställen verkehren, ferner Hausierhändlern ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrbezirk und der Eintritt in die Seuchengehöfte verboten.

5. Dünger und Jauche von Klauenvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Berührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit polizeilicher Erlaubnis ausgeführt werden.

6. Die Einfuhr von Klauenvieh in den Sperrbezirk, sowie das Durchtreiben von solchem Vieh und das Durchfahren mit Wiederkäuergepannen durch den Bezirk ist verboten. Ausnahmen für die Einfuhr kann das Oberamt zulassen.

7. Die Ver- und Entladung von Klauenvieh auf den Bahnhöfen im Sperrbezirk ist verboten.

II. Besondere Maßregeln für das Beobachtungsgebiet, soweit es in den Oberamtsbezirk fällt.

1. Klauenvieh darf aus dem Beobachtungsgebiet nicht entfernt werden. Das Oberamt kann die Ausfuhr in der Regel nur zu sofortiger Schlachtung zulassen.

2. Das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren von Wiederkäuergepannen ist verboten.

III. Gemeinsame Maßregeln für Sperrbezirk, Beobachtungsgebiet und 15 km-Umkreis, soweit sie in den Oberamtsbezirk fallen.

Verboten sind:

1. Die Abhaltung von Märkten und marktähnlichen Veranstaltungen mit Klauenvieh, sowie der Auftrieb von Klauenvieh auf Jahr- und Wochenmärkte.

2. Der Handel mit Klauenvieh, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet. Als Handel gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Auffuchen von Tieren durch Händler.

3. Die Veranstaltungen von Versteigerungen von Klauenvieh.

4. Die Abhaltung von öffentlichen Tierchauen mit Klauenvieh.

5. Das Weggeben von nicht ausreichend erhitzter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerei, ferner die Entfernung der zur Anlieferung der Milch und zur Ablieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerei, bevor sie desinfiziert sind.

Jeder weitere Ausbruch oder Verdacht der Seuche ist der Ortspolizeibehörde und von dieser dem Oberamt und O. A. Tierarzt sofort nach dem Auftreten der ersten Krankheitserscheinungen anzuzeigen. Namentlich auch damit die Impfung der Tiere sofort erfolgen kann. Die durch diese Impfung entstehenden Kosten trägt die Zentralkasse für Viehbesitzer. Verletzungen der Anzeigepflicht oder der vorstehend angeordneten Schutzmaßregeln unterliegen den Strafbestimmungen des § 328 StGB. und der §§ 74 bis 77 des Viehseuchengesetzes und ziehen den Verlust des Entschädigungsanspruchs für Kühdvieh nach sich.

Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, die für ihre Gemeindebezirke zutreffenden Maßregeln in ortsüblicher Weise bekannt machen und die Einhaltung streng überwachen zu lassen. An den Haupteingängen des Sperrbezirks und des Beobachtungsgebietes sind Tafeln mit der durch § 185 Abs. 2 bzw. § 189 Abs. 2 vorgeschriebenen Aufschrift leicht sichtbar anzubringen.

Nagold, den 28. Oktober 1924.
Oberamt: J. A. Dr. Merkt, stv. Amtmann

Landw. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Altensteig.

Auf Lager:

Rainit	Kalkstickstoff
Kalifalz	Ammoniak
 Roggenfuttermehl	Weizenkleie
Leinmehl	Gesamtmehl
Zorfmelasse	La Plata-Haber

la Weiß- und Brotmehl

Kälberaufzuchtmehl „Trimaltin“
in Päckchen zu 5 Kilogramm.

Demnächst eintreffend:
Thomasmehl und feingemahlene Rainit.

Bestellungen hierauf können noch gemacht werden.
Fernsprecher Nr. 85. Geschäftsstelle.

Sonder-Angebot

in Baumwoll-Stoffen für warme Leibwäsche:

weiß Körperflanell, einseitig geraucht,
Mk. 2.10, 1.80, 1.70, 1.50, 1.40, 1.20, 1.10,
weiß Pique Mk. 1.80, 1.60,
bedruckt Flanell, für Nachtsachen Mk. 1.70, 1.30,

Hemdenflanell aus reiner Baumwolle, ohne Baumwolle-Abfall, hergestellt:

gestreift Mk. 1.70, 1.60, 1.40, 1.20 und 90 Pfg.,
karriert Mk. 1.80 (aller schwerste Qualität),
1.70, 1.50, 1.40, 1.30, 1.20, 1.00

Paul Ränchle, am Markt, Calw.

Altensteig.

Ein jüngerer

Tagelöhner

kann sofort eintreten bei
Gärtner Walz.

Suche ein

Mädchen

auf 1. oder 15. Nov. nicht unter 18 Jahren, für Landwirtschaft. Wer? — sagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Altensteig.

Einen schönen, 3 Monat alten

Dackshund 
(Rüde) hat zu verkaufen

Frey, Bahnhof.

Birka 15 Str. gutes

Mostobst

verkauft,
wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Egenhausen.

Eine hochträgliche

 **Ruh**

steht dem Verkauf aus
Kalmbach, Zimmermann.

Altensteig.

Von noch sehr günstig gemachten Einkäufen empfehle von frisch eingetroffenen Sendungen

in vorzüglichen Qualitäten:

Campinas-Kaffee gebrannt 1 Pfd. A. 3.—	
Borneo-Hebriden „ 1 „ „ 3.50	
Quatemala „ 1 „ „ 4.—	
Neu-Granada „ 1 „ „ 4.20	
Mexiko „ 1 „ „ 4.50	

Zucker aus neuer Ernte

zu herabgesetzten Preisen

Chr. Burghard jr.

Bettbarhente in vielen Farben und erprobten Qualitäten.

Bettfedern in großer Auswahl.

Einzelne Bettstücke und ganze Betten können in kurzer Zeit fertiggestellt werden.

Damast, Bettzeug, Bettzitz, Leintuchstoffe, Kissenbezugstoffe in überaus großer Auswahl.

Paul Ränchle am Markt, Calw.

